

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Ruchnappel und Tirköbber.

Bezeichnet täglich außer Sonn- und Festtagen, nachmittags. —
Bezugspreis: 4,75 RM. monatlich bei Vorabnahme, bei der Post
bei Abholung 14,25 RM. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Ge-
schäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und andere Zeitungs-
träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Grundzeile wird mit 75 Pf.,
für auswärtsige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Restloos- und
amtlichen Teile kostet die dreigegepaaltene Zeile 1,75, für auswärtsige
2,00 RM. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher
Nr. 7. Drahttelegraph: „Tageblatt“, Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.
Verlag v. Dierig von Otto Koch & Wilhelm Pöcker in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pöcker in Lichtenstein-C., zugleich der Verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blatt

Nr. 73. Dienstag, den 29. März 1921 71. Jahrgang

Deutsches Reich.

Landtags-Mitteilungen.

(S. 3.) Dresden. Dem Landtag sind 2 Regierungsvorlagen zugegangen, und zwar eine, den Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung der Gebühren der Verwaltungsgerichte betreffend und eine weitere, die die schon angekündigte Neuordnung der Besätze der bis mit 31. März 1920 in Wartegeld oder Ruhestand versetzten Staatsbeamten und Lehrer, ihrer Hinterbliebenen und der Hinterbliebenen der vor dem 1. Mai 1920 im Amte verstorbenen Staatsbeamten und Lehrer betrifft.

Mahnahmen zur Steuerung der Erwerbslosennot.

(S. 3.) Wie wir zuverlässig hören, kommt eine Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge für Sachsen nicht in Frage, wohl aber wird der Frage der Arbeitsbeschaffung die größte Aufmerksamkeit zugewandt. Das Vogtland und das ganze Erzgebirge sind als Notstandsgebiet erklärt worden. Infolgedessen erhalten die Erwerbslosen eine um 12 Mark höhere Unterstützung als die Erwerbslosen in anderen Gegenden, jedoch darf der Höchstbetrag von 30 Mark täglich nicht überschritten werden. Um die Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten zu fördern, plant das Reichsversicherungsministerium eine Reihe von Maßnahmen im Vogtlande vorzunehmen. Außerdem sind Bemühungen im Gange, dort eine Wälderkonfektions-Industrie anzuknüpfen. Ferner besteht die Absicht, der vogtländischen Maschinenindustrie eine Abteilung für Waggonbau anzugliedern. Allerdings sind über die Verpflanzung des Waggonbaues nach dem Vogtlande die Meinungen noch geteilt. Während die Reichsregierung den Plan begünstigt, hat sich die Generaldirektion der Eisenbahn vorläufig dagegen ausgesprochen.

Neue Zwangsmahnahmen der Entente gegen Deutschland.

Berlin. Die Entente berät neue Zwangsmahnahmen gegen Deutschland, auch die Neutralen sollen durch Beschlüsse ihr zu Willen erzwungen werden. Die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission wegen der zu bewährenden Preise für das gemäß Versailles Vertrag an die Entente zu liefernde Holz haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Reparationskommission ist daher zu einem Diktat unter Festsetzung der Preise geschritten und besteht auf Beginn der Lieferung zu den in den Lieferungsverträgen vorgegebenen Lieferungspreisen. Durch das Mittel der Ausschreibung wird verhindert werden, ob die Lieferung zu den von der Reparationskommission bestimmten Preisen aufgebracht werden kann.

Bildung der Zollverwaltung für das Rheinland.

Die internationalisierte Rheinlandskommission hat die Zollverwaltung für das Rheinland gebildet, mit deren Leitung ein Franzose betraut worden ist. Ihm sind ein Belgier und ein Engländer beigegeben. Als Vermittler der Anweisungen dieses Komitees an die deutschen Zollbehörden des besetzten Gebietes wurde Regierungsrat Seidel von der Abteilung für Zoll- und Verbrauchssteuern des Landesfinanzamtes Köln bestimmt.

Nur Deutschland kann helfen.

Der französische Gewerkschaftsbund hielt eine Versammlung ab, in der er die Bildung eines Verbandes aller bis jetzt noch vereinzelt kooperativen Gewerkschaften der zerstörten Gebiete vor schlägt. Hinsichtlich der Arbeitskräfte, des Materials und der Kredite erklärte die C.G.T., daß das einzig wirksame Mittel sei, sich an Deutschland zu wenden und von ihm den Wiederaufbau zu verlangen, anstatt ungezählte Milliardenforderungen aufzustellen. Die Arbeit solle unter der Überwachung des Verbandes der Gewerkschaften stehen. Bei diesem System werde der Aufbau nicht sechs bis zehn Jahre dauern. Die Beihilfe der deutschen Gewerkschaften werde für diese Art der Lösung sei gewiß.

Eine vulgare Stimm über die Sanktionen.

In einem Deutschland und die Sanktionen überschriebenen Leitartikel schreibt die sozialistische Tageszeitung Kapred: Die Entente wird sich überzeugen, daß einem Sechzigmillionenvolk mit einer tausendjährigen Kultur und stark entwickeltem Nationalempfinden ein halbes Jahrhundert Sklaverei aufzuzwingen, keine so leichte Sache ist. Das heutige Deutschland ist nicht dasselbe von 1918. Damals war die Anzahl der naiven Idealisten, die an den guten Willen und an die „Gerechtigkeit“ der Entente glaubten, so bedeutend, daß sie ausschlaggebend für die öffentliche Meinung war. Heute gibt es aber keine Naivlinge mehr, die an Moral und Großmütigkeit der Entente glauben. Kein Sohn dieses Landes wird sich heute finden, der nicht bis in die Knochen nach

von der Einsicht durchdrungen sei, daß, wenn die Entente irgendeine „gute“ Absicht gegenüber Deutschland hegt, diese eben nur die eine ist: es in ihre europäische Kolonie umzuwandeln. Ein Volk jedoch, wie das deutsche, das von seinen größten Männern, wie Goethe, erzogen ist, keine nationale Ehre und Würde als höchstes Heiligtum zu schätzen, ein Volk, dessen jüngere Generationen auf Schritt und Tritt die Früchte dieser schöpferischen Genies um sich reifen lassen, ein Volk wird sich niemals mit dem Gedanken abfinden, mit seinen Lebens- und Schöpfungsträften das Leben solcher Völker zu verlängern, die sonst von der Geschichte und der Evolution zum Niedergang verurteilt sind. Dieses Volk wird sich bis zur letzten Möglichkeit wehren, dieses Volk wird sogar mit Stolzismus die grausamen Folgen einer neuen Hungerplage ertragen, aber niemals sich gefallen lassen, als eine asiatische oder afrikanische Kolonie behandelt zu werden.

Todesbegegnung im Zeitungsgewerbe.

Von beider Seite wird dem B. I. B. mitgeteilt: Im Hinblick auf einen Bericht über die katastrophale Lage im Zeitungsgewerbe, welche infolge der ungeheuren Preisforderung der Papierfabrikanten droht, erfahren wir, daß der Verein deutscher Zeitungsvorleger die gesamten deutschen Zeitungsvorleger zu einer allgemeinen Zeitungsvorlegerversammlung am 30. März 10 Uhr vormittags in die „Stadthalle“ nach Hannover einberufen hat, um von der Gesamtheit der Herausgeber der deutschen Zeitungen die pöblich erforderlich gewordenen, für die Zukunft der deutschen Presse entscheidenden Beschlüsse fassen zu lassen.

Ausland.

Das Anhalten der Aufbruchbewegung in Rußland.

Stockholm. „Svenska Dagbladet“ erfährt aus Helsingfors: Die Einwohnerchaft von Kajan hat sich gegen die Sowjetherrschaft erhoben. Die Gefängnisse wurden gestürmt und die politischen Gefangenen befreit. Das Gebäude der außerordentlichen Untersuchungskommission wurde abgebrannt und sämtliche Mitglieder der Kommission totgeschlagen. Auch andere Sowjetbeamte wurden getötet. In Weiskruhl wütheten heftige Kämpfe, namentlich im Raume von Rinsk. Angeblich wurde die Stadt Pskow wieder von den Revolutionären besetzt.

Die 20 Milliardenforderung zum 1. Mai.

Paris, 29. März. Der Wiedergutmachungsausschuß antwortete in einer Note auf die deutsche Note vom 22. März, in der die Zahlung der einen Milliarde Goldmark abgelehnt wurde. Der Wiedergutmachungsausschuß stellt fest, daß es keine Sache sei, den Wert der Lieferungen und Leistungen Deutschlands festzusetzen und zu beurteilen, welche von den bisher gemachten Lieferungen auf die 20 Milliarden Goldmark angesetzt werden sollen. Die Note geht dann ausführlich auf die Auslegung der betreffenden Paragraphen des Versailles Vertrages ein und kommt zu dem Schluß, auf jeden Fall müsse die Gesamtsumme der 20 Milliarden Goldmark des Art. 235 bis zum 1. Mai bezahlt sein. Der Wortlaut sei unerbittlich, und die Nichterhaltung dieses Artikels biete, wie überhaupt jeder Verstoß Deutschlands gegen seine Verpflichtungen, die Möglichkeit, Zwangsmahnahmen nach sich zu ziehen. Es stelle sich heraus, daß die deutsche Regierung dadurch, daß sie das allgemeine Verlangen der Kommission, die Bestimmung des Paragraphen 235 auszuführen, und vor allem die Zahlung der für den 23. März verlangten Milliarde Goldmark mit einer Weigerung beantwortete, ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Infolgedessen habe der Reparationsauschuß gemäß dem Versailles Vertrag beschlossen, diesen Verstoß sofort einer jedem der beteiligten Mächte mitzuteilen.

Der „Temps“ bemerkt, daß der Wiedergutmachungsausschuß gleichzeitig mit der Überreichung seiner Antwort an die Vertreter der Kriegslahntkommission an die alliierten Regierungen ein kurzes Schreiben mit der Mitteilung dieses Verstoßes Deutschlands gegen eine der förmlichen Bestimmungen des Versailles Vertrages richtete. Diesem Schreiben ist der Schriftwechsel beigelegt, der seit dem 26. Febr. zwischen dem Reparationsauschuß und der Kriegslahntkommission stattgefunden hat.

Der geplante Raubzug auf Deutschlands „Reichtümer“.

Paris, 29. März. Ueber die Folgen, welche die Weigerung Deutschlands, am 23. März 1 Milliarde Goldmark und Ende April weitere 11 Milliarden zu zahlen, zwischen dem Reparationsauschuß und der Kriegslahntkommission

daß die alliierten Regierungen sich jedenfalls darauf beschränken würden, die neuen Verschlungen Deutschlands festzustellen, sich aber ihre Handlungsfreiheit vollkommen vorbehalten. „Matin“ behauptet, man erwäge eine Steuer auf alle Produkte, welche das Ruhrgebiet auf dem Wasserwege verlassen, bei Beschlagnahme der Steuern in den Rheinlanden und der Zölle für die auf dem Wasserwege nach Deutschland eingeführten Waren. „Journal“ schlägt vor, man solle auf Konto der Alliierten die natürlichen Reichtümer Deutschlands, die Domänen, Wälder und Bergwerke ausbeuten, neue Steuern einführen und die kommerzielle Ausdehnung Deutschlands organisieren, das heißt, die Entente soll gewissermaßen die ausbeutende Gesellschaft der deutschen Industrie werden.

Neue Militärzwangsmahnahmen.

Paris, 29. März. Wie die Agence Haas meldet, ist die angelegte Sitzung des Botschaftsrates auf kommenden Donnerstag vertagt worden. „Echo de Paris“ vermutet, daß diese Vertagung mit der Frage der Zollgrenze im Rheinland zusammenhängt. Vielleicht werde doch der von Lord George am 7. März, am Tage des Abbruches der Verhandlungen in London, ausgesprochene Gedanke Weitlung gewinnen, daß die militärischen Zwangsmahnahmen zuerst zur Anwendung gebracht werden sollen.

Berschlimmerung der Lage in Oberschlesien.

Blutige Kämpfe in Rybnik.

Rybnik, 29. März. Aus dem Kreise Rybnik gehen unausgesetzt Nachrichten über eine Verschlimmerung der Lage ein. Die Zahl derer, die in der Kreisstadt Zuflucht suchen, wächst ständig. Maschinengewehrfeuer und Gewehrfeuer, mit denen Granatendetonationen sich mischten, setzten gegen 10 Uhr in Rybnik ein. Italiener waren mit Insurgenten zusammengefallen, die nach kürzerem Feuergefecht vertrieben wurden. Eine Schlacht entwickelte sich in der Nähe des alten Bahnhofes an der alten Eisenbahnlinie Paruschowitz-Egersfeld. Auf der einen Seite kämpften einige Apo-Beamtete und Deutsche, auf der anderen, jenseits des Bahnsteiges gelegenen, die Polen. Fünf Maschinengewehre, teilweise auf Dächern aufgestellt, griffen in den Kampf ein. Der Kampf dauerte bis in die Morgenstunden. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete.

Engländer von Polen angegriffen.

Kattowitz, 29. März. In Niechowiz, Kreis Beuthen, wurde in der Nacht ein englischer Lebensmitteltransport von polnischen Banditen mit Handgranaten angegriffen. Die Engländer nahmen die Verfolgung auf, und es gelang ihnen, einen stark bewaffneten, bekannten polnischen Stotruppführer festzunehmen, der namentlich seiner handrechtlichen Aburteilung entgegensteht.

Beuthen, 29. März. In Hohenlinden bei Beuthen ist die Leiche eines seit dem 24. März vermissten Reichsoberschleiers, früheren Feldwebels, in dem Misthaufen eines Hofes gefunden worden. Als Täter hat die Polizei zwei bekannte polnische Stotruppführer ermittelt und festgenommen.

Neue niederträchtige Verordnungen.

Kattowitz, 29. März. Freitag vormittag haben die Machthaber des Landes eine Bestimmung erlassen, in der es wörtlich heißt:

„Kein Kommisar, kein Verband ist mehr zur Vertretung der ober-schlesischen Bevölkerung gegenüber den Behörden berechtigt, und es ist solchen Organisationen untersagt, sich öffentlich an die Bevölkerung zu wenden oder in ihrem Namen aufzutreten.“
Damit ist dem Verband heimattreuer Oberschleier jede Hilfeleistung für die unglücklichen Flüchtlinge untersagt. Weiter heißt es in der amtlichen Verordnung an anderer Stelle:

„Beamte und Angestellte der öffentlichen Verwaltungen oder der Polizei, welche bis zum 25. März abends nicht wieder auf ihrem Posten sind, werden vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt, welches gemäß Artikel 5 des Erlasses vom 24. März 1921 gebildet ist.“

rsch
ng
Anfang 8 Uhr.
Musik
en.
enhard Rühn.
üre sagen?
Evangelium?
Rittwoch, den
2. April abends
ntliche Vorträge.
entstift zum
m?
Sonntags
s Chemnig.
e und Gemein-
e Gelegenheit,
treten.
in Lichtenstein.
llnberg.
ntung!
Der sechste
Teil, der ge-
waltige
Schlußeffekt.
leg der Liebe.
gend
Klassenfilm
7
Akts.
n Adolf Paul,
esonderes!
er & Co.
ten
emardstraße 8.
igene Fotobibliothek.
Hutmacher.
höne, gebrauchte
ABOS
g, zu äußerst billi-
gen zu verkaufen.
o, Pianofortefabr.,
t. S., Tel. 520.
olg +
2 Tagen. Ihre
grossartig. Voll dank-
es teile Ihnen dies mit.
rauen.
hnliche täglich mit zu-
mschreiben bezeugen,
lle. Machen Sie noch
ch und teilen Sie mir
mit, wie lange Sie an
Störungen und
Stöckungen leiden.
I sind nicht gesund-
ch. Garantie.
eter Versand.
illy, Hamburg 5
ennerstr. 21.